
Sozialausgaben und -einnahmen. Ein tschechisch-österreichischer Vergleich

Marie Vavrejnova, Karl Wörister

In dieser Arbeit werden die Sozialausgaben und -einnahmen in der Tschechischen Republik und in Österreich verglichen. Der vorliegende Beitrag stellt eine verkürzte und überarbeitete Fassung einer bereits publizierten Arbeit dar (CERGE-EI Discussion Paper Nr 2003-81, „Social Expenditures and their Sources – Czech-Austrian Comparison“), wobei sich die Darstellung stärker auf Tschechien konzentriert.

Zu Beginn werden einige volkswirtschaftliche Kennziffern und deren Entwicklung kurz dargestellt. Die jüngsten vergleichbaren Daten zeigen, dass das reale Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in der Tschechischen Republik etwa halb so hoch ist wie in Österreich. Der Spielraum für das System der sozialen Sicherung war und ist daher in der Tschechischen Republik wesentlich geringer als in Österreich.

Weiters enthält die Arbeit eine detaillierten Analyse der Struktur und der Entwicklung der Sozialausgaben. Abschließend werden die Quellen analysiert, aus denen die Sozialausgaben finanziert werden, insbesondere Sozialversicherungsbeiträge und Steuern. In die Betrachtung einbezogen werden auch die privaten Aufwendungen für die soziale Sicherung.

1. Einleitung

Bereits zu Beginn des Transformationsprozesses in der Tschechischen Republik wurden zwei Hauptaufgaben bezüglich öffentlicher Sozialleistungen formuliert:

- Schaffung eines neuen Sozialwesens, das sich weg von den flächendeckenden sozialen Garantien des alten Systems hin zu einem Sozialsystem bewegt, das die Verantwortung des Einzelnen und privater Haushalte stärkt, das Versicherungsprinzip stärker betont, sich mehr auf Bedürftige konzentriert und der individuellen Entscheidung größeren Spielraum lässt.
- Vorgesehen ist eine Begrenzung der Umverteilung über öffentliche Haushalte und damit eine geringere Rolle des Staats bei der Wirtschaftsregulierung.

Schon ganz zu Beginn der Transformation (1990) wurden Szenarien wirtschaftlicher und sozialer Reformen erarbeitet. Es hat sich dann im Verlaufe der letzten zehn und mehr Jahre gezeigt, dass sich die Umsetzung der beiden genannten Ziele sehr schwierig und langwierig gestaltet. Die Mehrheit der Bevölkerung war an ein hohes Ausmaß sozialer Gleichheit gewohnt und hat daher durch die sich öffnende Einkommensschere, den außergewöhnlichen Anstieg der Lebenshaltungskosten und in späteren Jahren auch durch das vormals unbekanntes Phänomen Arbeitslosigkeit gelitten. Um den sozialen Frieden aufrechtzuerhalten, konzentrierten sich die Reformen in den einzelnen Systemen sehr stark auf eine Mindestsicherung.

Was die zweite Aufgabe anbelangt, so mündeten die meisten, v.a. aber die mit der Privatisierung zusammenhängenden Reformschwierigkeiten schrittweise in defizitäre öffentliche Haushalte sowie steigende Binnen- und Auslandsverschuldung. Die Knappheit der Mittel verschärfte sich angesichts eines stagnierenden, ja sogar rückläufigen Wirtschaftswachstums, erreicht doch das reale BIP des Jahres 2001 kaum das Niveau von 1989.

Die Phase großer sozialer und wirtschaftlicher Reformen in den Transformationsländern verlief zeitgleich mit einer Phase von Sozialstaatsreformen in westeuropäischen Staaten, in denen die Knappheit der Mittel zunehmend die Sozialpolitik bestimmte.

Für die vergleichende Studie eignen sich Österreich und Tschechien wegen ihrer geografischen Nähe und wegen ihrer vergleichbaren Größe besonders gut. In beiden Fällen haben wir offene Volkswirtschaften mit intensiven Handelsbeziehungen und traditionell engen bilateralen Beziehungen. Darüber hinaus haben beide Länder eine gemeinsame Vergangenheit mit entsprechenden engen kulturellen und sozialen Beziehungen. Im Unterschied zu Tschechien mit seinen Transformationsproblemen ist Österreich ein Land, das der EU schon vor mehreren Jahren beigetreten ist und dessen wirtschaftliche Kraft über dem Durchschnitt der 15 EU-Länder liegt. Im folgenden Abschnitt werden einige wichtige makroökonomische Kennziffern verglichen.

2. Volkswirtschaftliche Bedeutung der Sozialausgaben und ihrer Quellen im Vergleich

Nachdem während des sozialistischen Systems in der damaligen CSSR das wirtschaftliche Niveau zunehmend hinter jenem Österreichs zurückblieb, hat sich der Abstand in den neunziger Jahren weiterhin vergrößert. Das Ergebnis lässt sich am Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (nach Kaufkraftparitäten) ablesen: 1999 lag das wirtschaftliche Niveau Tschechiens bei 54% des österreichischen bzw. 59% des EU-Durchschnitts.

Während die österreichische Wirtschaft in den neunziger Jahren von einem gemäßigten aber stabilen Wachstum geprägt war, kämpfte die tschechische Wirtschaft mit zahllosen Problemen, die mit dem Übergang zur Marktwirtschaft zusammenhingen. Die Entwicklung der wichtigsten

makroökonomischen Kennzahlen (vgl. Tabelle 1) spiegelt die wichtigsten Übergangsstufen und die dabei auftretenden Schwierigkeiten wider.

Das *Volumen des Bruttoinlandsprodukts* in der Tschechischen Republik (als Realwertprodukt in einheimischer Währung¹) erreichte das Niveau von 1989 erst im Jahr 2000, während das reale BIP Österreichs in den Jahren 1990 – 2000 um ein Viertel anstieg. Im Zeitraum 1990-2000 betrug der durchschnittliche jährliche Realzuwachs des BIP laut OECD in Österreich 2,3% und in Tschechien -0,2%. Bestimmt wurde diese Entwicklung in Tschechien vor allem durch zwei Phasen stark rückläufiger Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts:

- Unmittelbar vor der Privatisierung kümmerten sich die Unternehmensführungen großer staatlicher Betriebe nicht länger um deren Leitung („Agonie vor der Privatisierung“). Alte Strukturen wurden aufgelöst, ohne dass sich bereits neue gebildet hätten. Existierende Märkte fielen plötzlich weg.
- In den Jahren 1997-1999 verlief die wirtschaftliche Entwicklung sehr ungleichgewichtig. Die Löhne stiegen stärker als die Produktivität. Die Außenhandelsbilanz und der Staatshaushalt gerieten immer tiefer in die roten Zahlen. Hinzu kam noch die starke Aufwertung des realen Wechselkurses.

Das Wirtschaftswachstum hat sich erst wieder 2000 belebt. Im Vergleich mit den anderen Beitrittskandidaten ist das wirtschaftliche Niveau in der Tschechischen Republik – zusammen mit jenem Sloweniens – eines der höchsten.

Entwicklung der Inflationsrate: In der Tschechischen Republik gab es in den neunziger Jahren zwei außergewöhnliche Preisschübe:

- im Jahre 1991 (+57%) als Ergebnis der Aufhebung von Preisbindungen zu Beginn der Transformation und
- 1993 (+21%) aufgrund der Einführung eines neuen Besteuerungssystems.

Die Inflationsrate, die in der zweiten Hälfte der Neunziger deutlich höher als in Österreich war, wurde durch starke Veränderungen bei den Preisrelationen bestimmt. Am stärksten gestiegen sind die Preise in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre (1995-1999) bei Treibstoffen und Strom (+93%) und bei Mieten (+89%), am niedrigsten bei Lebensmitteln (+14%). Während die Preise in Österreich in diesem Zeitraum insgesamt um 8% gestiegen sind, betrug der Preisanstieg in Tschechien 40%. Lässt man jedoch die Aufhebung von Preisbindungen außer Betracht, lag die Inflationsrate in Tschechien kumuliert bei 18%.

Im Vergleich zu anderen Beitrittskandidaten (EU) war die Inflationsrate in Tschechien während der neunziger Jahre jedoch eine der niedrigsten.

Der stärkere Anstieg bei den Verbraucherpreisen wird sich wegen der großen Unterschiede zwischen dem Preisniveau der EU-Mitgliedsstaaten und dem Preisniveau der Tschechischen Republik auch in Zukunft fortsetzen. Das vergleichbare Preisniveau in Bezug auf Österreich – gemessen als Verhältnis von PPP/100 ATS zum CZK/ATS-Wechselkurs – betrug 1993 30% und im Jahr 2000 42%.

Die *Arbeitslosenquote* war in beiden Ländern bemerkenswert niedrig. In der Tschechischen Republik war sie die niedrigste aller Reformstaaten. Dafür gibt es mehrere Gründe:

- Zu Beginn der Transformation begannen nach der Liberalisierung viele ArbeitnehmerInnen großer staatlicher Betriebe damit, eigene kleine Unternehmungen zu betreiben. Später ging die Zahl der Kleinunternehmer zurück und bewegt sich gegenwärtig annähernd auf dem Niveau Österreichs (d.h. 13-15% der Gesamtbeschäftigung).
- Ein zweiter Grund war die fortdauernde Überbeschäftigung in den großen staatlichen Betrieben. Allerdings beginnt die Arbeitslosenquote seit 1998 zuzunehmen, weil sich der Umstrukturierungsprozess beschleunigt hat, vor allem in Regionen, die traditionell stark mit Bergbau und Verhüttung befasst sind (Nordwestböhmen und Nordmähren). Betroffen sind vor allem ungelernete ArbeiterInnen. Andererseits kann für den Großraum Prag in der ersten Hälfte der neunziger Jahre von Vollbeschäftigung gesprochen werden. Am Ende des Jahrzehnts war die Arbeitslosenquote in dieser Region nur halb so hoch wie im landesweiten Durchschnitt. Im Unterschied zu Tschechien liegt die Arbeitslosigkeit in der österreichischen Hauptstadt Wien deutlich über dem Landesdurchschnitt.

Weiters ist der Arbeitsmarkt in Tschechien durch eine wesentlich höhere Jugendarbeitslosigkeit und einen etwas höheren Anteil von Langzeitarbeitslosen gekennzeichnet.

Die *Reallöhne* sind in der Tschechischen Republik in den neunziger Jahren deutlich stärker gestiegen als in Österreich.

Bilanz der öffentlichen Haushalte: Für die Zwecke dieser Arbeit muss es genügen, die bestehenden Haushaltsdefizite beider Länder und die Trends deren Entwicklung aufzuzeigen. Freilich gibt es unterschiedliche Konzepte und Maßstäbe bei der Bilanzierung, die in Tschechien von den Reformprozessen weiter verzerrt werden (Privatisierungserlöse, Coupengeschäfte, außeretatmäßige Reserven etc.).

Ein weiteres Problem, das beiden Ländern gemeinsam ist, ist die *defizitäre Außenhandelsbilanz*, die in beiden Ländern einige ähnliche Züge aufweist: überwiegend negative Bilanz bei Waren und eine positive Bilanz bei Dienstleistungen. Der gewaltige Einbruch der tschechischen Handelsbilanz im Jahre 2000 ist vorrangig auf Energiepreiserhöhungen zurückzuführen. Die bilaterale Handelsbilanz der beiden Staaten fiel für Tschechien negativ aus; lediglich in den letzten zwei Jahren war sie positiv (siehe Tabelle 1).

Die *Verschuldung der öffentlichen Hand* ist in Österreich deutlich höher als in Tschechien.

Die Entwicklung ausgewählter makroökonomischer Kennziffern, so wie weiter oben und in Tabelle 1 dargestellt (insbesondere BIP-Wachstum und die Sozialquote), lassen bezüglich Sozialausgaben und -einnahmen den Schluss zu, dass die Situation der Tschechischen Republik angespannter ist und sich die Optionen für eine positive Weiterentwicklung des Sozialsystems im Vergleich zu Österreich problematischer gestalten.

Neben der wirtschaftlichen Ebene gibt es noch weitere Faktoren, die bei einer vergleichenden Analyse der Sozialausgaben in Betracht zu ziehen sind:

- der demografische Faktor und die Volksgesundheit: Beide haben einen Einfluss auf Umfang und Struktur der Sozialausgaben, mit denen die Bedürfnisse verschiedener Bevölkerungsgruppen befriedigt werden sollen. Die wachsende Schicht von SeniorInnen besteht auf einer Lösung des Problems der leeren Pensionskassen und macht Pensionsreformen unausweichlich; Erziehungsgeld und Mutterschutz sind Anliegen junger Familien usw.
- der systemische Faktor, der in den gesetzlichen Regelungen und den herrschenden Prinzipien die Verteilung der einzelnen Sozialleistungen zwischen bestimmten Bevölkerungsgruppen bestimmt;
- der regierungspolitische Faktor, der die gesetzlichen Regelungen in Steuer- und Sozialpolitik betrifft.

Diese und andere Faktoren stehen zueinander in Wechselbeziehungen und z.T. auch in Konkurrenz.

3. Sozialausgaben: Vergleich des österreichischen und des tschechischen Systems

3.1 Ziel des Vergleichs unter dem Aspekt der künftigen Aufgaben des sozialen Systems

Die Schwierigkeiten, denen die wirtschaftliche Entwicklung im vergangenen Jahrzehnt des Übergangs ausgesetzt war, haben den Annäherungsprozess zwischen dem wirtschaftlichen Niveau der Tschechischen Republik und dem der entwickelten europäischen Staaten Europas einschließlich Österreichs verlangsamt, die Knappheit finanzieller Mittel verschärft und den Steuerdruck erhöht. Die sich rasch öffnende Einkommensschere in den Reformstaaten führt zu wachsender Armut, von der hauptsächlich kinderreiche Familien sowie Pensionistenhaushalte betroffen sind.

Unter diesen Umständen sind Reformen der sozialen Sicherungssysteme besonders schwierig. Hinzu kommt, dass sowohl die Reformstaaten als auch die EU-Mitgliedsstaaten mit den Schwierigkeiten zu kämpfen haben, die die sozialen Entwicklungen der jüngeren Zeit generell mit sich gebracht haben:

- die Alterung der Gesellschaft, die eine große Herausforderung für die sozialen Sicherungssysteme – insbesondere für die Pensionssysteme – darstellt;
- der Wandel in den Familienstrukturen, wie etwa der wachsende Anteil unvollständiger Familien, verbunden mit steigenden Erwartungen gegenüber dem Staat;
- das anhaltende Problem der Arbeitslosigkeit;
- neue Formen geografischer Mobilität der Bevölkerung bzw. der Arbeitskräfte.

Tabelle 1: Ausgewählte makroökonomische Indikatoren Österreichs und der Tschechischen Republik

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Reales BIP-Wachstum (%)										
Österreich	2,8	2,0	0,4	3,0	1,8	2,0	2,5	3,3	2,2	2,9
Tschech. Rep.	-11,6	-0,5	0,5	2,2	5,9	4,8	-1,0	-1,2	-1,4	2,9
Sozialquote (%)										
Österreich	26,6	27,2	28,5	29,2	29,3	29,1	28,9	28,5	28,9	..
Tschech. Rep.	19,8	19,2	19,8	20,0	19,7	19,4	20,3	20,5
Inflationsrate (%)										
Österreich	3,3	4,1	3,6	3,0	2,2	1,9	1,3	0,9	0,6	2,3
Tschech. Rep.	56,6	11,1	20,8	10,1	9,1	8,8	8,5	10,7	2,1	3,9
Arbeitslosenquote (%)										
Österreich	3,5	3,6	4,2	3,7	3,9	4,3	4,5	4,5	3,8	3,3
Tschech. Rep.	2,6	3,1	3,0	3,3	3,0	3,1	4,3	6,0	8,5	9,0
Anstieg der Reallöhne (%)										
Österreich	3,4	1,6	0,7	0,2	-1,0	-1,3	-0,4	2,6	1,7	0,7
Tschech. Rep.	-26,3	10,3	3,7	7,7	8,7	8,8	1,9	-1,2	6,0	2,6

Tabelle 1 (Forts.): Ausgewählte makroökonomische Indikatoren Österreichs und der Tschechischen Republik

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Saldo der öff. Haushalte										
Österreich (Mrd. ATS)	-58,8	-41,1	-91,6	-113,0	122,4	-93,7	-46,7	-62,1	-59,4	-41,1
in % des BIP	-3,0	-2,0	-4,2	-5,0	-5,2	-3,8	-1,9	-2,4	-2,2	-1,5
Tschech. Rep.(Mrd. CZK)			23,3	5,5	2,9	-21,9	-27,8	-27,8	-10,7	-11,2
in % des BIP			2,3	0,5	0,2	-1,4	-1,7	-1,6	-1,6	-4,3
Öffentliche Verschuldung										
Österreich (in % des BIP)	58,2	58,1	62,9	65,9	69,2	69,1	64,7	63,9	64,9	63,6
Tschech. Rep. (in % des BIP)			15,8	14,2	11,5	10,6	10,0	..	16,2	17,3
Auslandsverschuldung										
Österreich (Mrd. ATS)			239,4	214,2	325,5	478,5	670,9	801,8
Tschech. Rep. (Mrd. ATS)			287,7	342,5	457,3	578,9	748,7	726,9	822,5	814,0
Handelsbilanz										
A (Mrd. ATS), Waren			-75,3	-90,0	-67,1	-77,0	-52,0	-45,3	-46,5	-41,1
A (Mrd. ATS), Dienstleist.			87,8	84,1	46,5	48,2	12,0	29,2	22,7	24,0
CZ (Mrd. ATS), Waren			-15,3	-39,7	-97,6	-159,5	-144,0	-82,4	65,8	-126,8
CZ (Mrd. ATS), Dienstleist.			29,5	14,1	48,9	52,2	55,9	57,8	38,1	53,9
Handelsbilanz CZ:A			-7,3	-7,2	8,7	7,9	-6,1	-0,9	3,7	5,6

Quellen: Offizielle Statistiken des Tschechischen Amtes f. Statistik und der TschNB;
 offizielle Statistiken von Statistik Austria u. der OeNB.

- Diese Probleme stellen auch eine Gefahr für die politische Stabilität dar. Um eine friedliche und demokratische Entwicklungen abzusichern, ist die Umverteilung der beschränkten Ressourcen eine wichtige politische Aufgabe.

Die Kombination dieser Faktoren hat das Problem der Knappheit der Mittel verschlimmert und macht es notwendig, sowohl öffentliche wie private Reserven zu mobilisieren, diese wirtschaftlich zu nutzen und Verschwendung einzudämmen.

3.2 Grenzen des Vergleichs aufgrund des beschränkten Datenmaterials und nicht vergleichfähiger Statistiken

In erster Linie sind dem Vergleich Grenzen durch die tschechische Statistik gesetzt, die selbst einem Transformationsprozess unterworfen war. Die hauptsächlichsten Begrenzungen sind folgende:

- Die harmonisierte Methodik des ESSPROSS (European System of Integrated Social Protection Statistics) ist erst kürzlich vom Tschechischen Amt für Statistik eingeführt worden, und auch das nur teilweise. Die Vergleichsmöglichkeiten sind daher einschränkt.
- Zeitreihen sind nicht ganz vergleichbar, da Preisänderungen und methodologische Änderungen in den Kennziffern selbst stattgefunden haben.
- Viele der Kennziffern wurden nicht zu den korrekten Zeitpunkten aktualisiert, deshalb konnten nur teilweise Zeitreihen für die gesamten neunziger Jahre erstellt werden. Dies gilt für beide Länder; in solchen Fällen wurden stets OECD-Angaben herangezogen.
- Der Mangel an Daten über Änderungen der Einkommensverteilung während der Umbruchsphase setzt den Möglichkeiten Grenzen, Auswirkungen auf Privathaushalte bzw. Bevölkerungsgruppen darzustellen.

3.3 Wichtige Kennziffern

3.3.1 Die Sozialquote

Eine wichtige Kennziffer ist der prozentuelle Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt (Sozialquote):

Tabelle 2: Anteil der Sozialausgaben am BIP (in %)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
A	27,1	27,7	28,9	29,7	29,3	29,1	28,8	28,4	27,7
CZ	19,8	19,2	19,8	20,0	19,7	19,4	20,3	20,5	
EU-15	25,4 ¹⁾		28,9	28,6	22,0			27,7	26,4

¹⁾ 1990

Die Sozialquote ist in reichen Staaten durchwegs höher als in ärmeren. Die meisten EU-Staaten haben daher auch eine höhere Sozialquote als

Tschechien. Das tschechische Niveau entspricht etwa jenem Portugals und Spaniens (jeweils bei 20%) und ist deutlich höher als in Irland.

Die Sozialquote hängt aber auch mit den Schwankungen in der wirtschaftlichen Entwicklung zusammen. Im Regelfall ist die Sozialquote in Phasen geringen BIP-Wachstums höher und während eines wirtschaftlichen Booms niedriger. Dies erklärt sich aus der Tatsache, dass bestimmte Sozialausgaben nicht gekürzt werden können oder sogar angehoben werden müssen, wenn bestimmte soziale Veränderungen eintreten (erhöhtes Volumen an Arbeitslosenunterstützung, wachsende Zahl von PensionistInnen). Dies war in der Tschechischen Republik in den Jahren 1997 und 1998 der Fall. Die Sozialquote stieg, während das BIP einen Rückgang verzeichnete.

3.3.2 Struktur der Sozialausgaben nach deren Aufgabe

Im Folgenden werden die Sozialausgaben in fünf Gruppen aufgeteilt (prozentuelle Anteile an den gesamten Sozialausgaben; siehe Tabelle 3).

Tabelle 3: Struktur der Sozialausgaben 1998 (in %)

	A	CZ	EU-15
Pensionen/Renten	48,2	40,7	45,7
Gesundheitswesen	34,9	41,3	35,1
Familie	10,0	12,2	8,3
Arbeitslosigkeit	5,5	0,9	7,2
Sonstiges	1,4	4,9	3,7
Insgesamt	100,0	100,0	100,0

Quellen: EUROSTAT (2000); für Tschechien: OECD, Länderbericht Tschechische Republik, 2000.

Die Struktur der Sozialausgaben ist jeweils sehr ähnlich. Die Pensionen stellen jeweils den größten Anteil an den gesamten Sozialausgaben dar (vgl. auch den EU 15-Durchschnitt). Die Tschechische Republik ist das **einzige Land**, in dem die Anteile für das Gesundheitswesen einerseits und für Pensionen andererseits sehr ähnlich sind, während in Österreich der hohe Anteil an Ausgaben für Pensionen auffällt. Beiden Staaten ist der hohe Anteil an Ausgaben für Familien und Kinder gemeinsam. Beide Staaten haben diesbezüglich bereits eine lange Tradition.

In den folgenden Abschnitten wird auf die einzelnen Teilbereiche näher eingegangen.

3.4 Pensionen

Pensionen sind der Hauptposten im Sozialetat und stellen fast die Hälfte der öffentlichen Sozialleistungen dar. Es gibt viele Gemeinsamkeiten, aber auch viele Unterschiede zwischen dem tschechischen und dem österrei-

chischen Pensionssystem. Beide basieren auf dem Umlageverfahren mit der Option einer freiwilligen Zusatzversicherung. In beiden Ländern wird aufgrund der Knappheit der Mittel gegenwärtig an Reformvorschlägen gearbeitet. Zugleich werden Diskussionen über die Vor- und Nachteile des Umlage- und des Kapitaldeckungssystems geführt.

Die Pensionssysteme in beiden Ländern sind ähnlich: Es gibt Alters-, Witwen-, Witwer-, Waisen- und Invalidenpensionen. In Österreich existieren darüber hinaus noch weitere Arten wie z.B. Kriegsoffer- und Unfallrenten.

Aus historischen Gründen differenziert das österreichische Pensionssystem nach Berufsgruppen. Insbesondere Beschäftigte im öffentlichen Dienst (Beamte) und ein Teil der Arbeitnehmer der Bahn haben deutlich höhere Pensionen. Eine Vereinheitlichung des Pensionssystems für alle Berufsgruppen ist jedoch in Gang. Das tschechische Pensionssystem ist für alle Berufsgruppen einheitlich. Sämtliche im vorherigen Regime existierenden Sonderregelungen wurden im Zeitraum von 1990-1992 abgeschafft.

In der Tschechischen Republik ist das Anspruchsalter für den Pensionseintritt (60 bei Männern und 55-59 für Frauen, abhängig von der Kinderzahl) niedriger als in Österreich, wird aber seit 1995 jedes Jahr um zwei Monate für Männer und vier Monate für Frauen nach oben angepasst. Am Ende dieser Übergangsphase (2007) wird das reguläre Pensionsalter von 62 für Männer und 57-61 für Frauen erreicht. Ähnlich wie in Österreich sind Frühpensionen sehr häufig. Vorschläge für eine Verringerung des Frühpensionsproblems werden gegenwärtig vorbereitet.

Anzahl der Pensionen: Welch große Bedeutung die Pensionssysteme in beiden Staaten haben, zeigen folgende Daten: Ende 1999 wurden in Tschechien 3,184.000 Pensionen ausbezahlt, in Österreich 2,231.000. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung bedeutet dies, dass in Tschechien auf 100 Einwohner 31 Pensionen kamen, in Österreich 28. Davon entfielen in beiden Staaten jeweils rund 60% auf Alterspensionen (inklusive Invalide im Pensionsalter) und der Rest auf Invaliditäts- und Hinterbliebenenpensionen.

Berücksichtigt man die um fast drei Jahre niedrigere Restlebenserwartung der 65-Jährigen in Tschechien, dann ergibt sich daraus, dass die PensionistInnen in Tschechien im Durchschnitt deutlich jünger sein müssen als in Österreich. Offensichtlich hat das Pensionssystem eine große Zahl von Arbeitslosen aufgefangen, insbesondere in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre. So wird im OECD-Länderbericht aufgezeigt, dass zwischen 1996 und 2000 der Anteil der FrühpensionistInnen (ohne Invalide) an der Bevölkerung im Erwerbssalter von 0,2% auf 2,5% angestiegen ist. Zugleich ist im fast gleichen Ausmaß der Anteil jener gestiegen, die Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung bzw. im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik erhielten (Anstieg von 1,6% auf 3,8%). Ähnlich wie Österreich wird dadurch ein beachtlicher Teil von Arbeitslosen im Pensionssystem aufgefangen. In Tschechien entfallen etwa 7 von 10 Personen, die eine Frühpension (inklusive Invaliditätspensionen) oder eine

Leistung aus der Arbeitslosenversicherung beziehen, auf FrühpensionistInnen, in Österreich etwa 6 von 10. Den etwas mehr als 400.000 FrühpensionistInnen standen in Österreich im Jahr 2000 etwa 250.000 BezieherInnen von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe sowie Leistungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik gegenüber.

Ein bedeutsamer Unterschied zwischen dem tschechischen und dem österreichischen Pensionssystem besteht darin, dass in Tschechien fast alle Frauen einen eigenen Pensionsanspruch haben, während in Österreich etwa 40% der Frauen im Alter keine eigene Pension haben. Ein wesentlicher Grund hierfür ist wohl darin zu sehen, dass unter den Bedingungen des alten Regimes die Frauenerwerbsquote im Haupterwerbsalter fast jener der Männer entsprach. Inzwischen ist die Frauenerwerbstätigkeit allerdings deutlich zurückgegangen; betrug der Frauenanteil der Beschäftigten zu Beginn der neunziger Jahre 48%, lag er im Jahr 2000 bei 43,5%. Auch die ausgewiesene Arbeitslosigkeit ist nun bei Frauen wesentlich höher als bei Männern. Teilzeitarbeit hat aber weiterhin nur eine geringe Bedeutung (2000: 5% aller Beschäftigten). Weiters sind in Tschechien für die Alterspension nur zehn Versicherungsjahre notwendig (ab 65).

Pensionsniveau: Im Unterschied zum österreichischen Pensionssystem verbindet das tschechische System Leistungsanreize entsprechend dem Versicherungsprinzip mit nivellierenden Elementen (fester Sockelbetrag). Insgesamt liegt das Versorgungsniveau aufgrund der begrenzten Mittel weit unter dem österreichischen Niveau. Nach den Daten der OECD entsprach die durchschnittliche Alterspension im Jahr 1997 36% jener in Österreich (Kaufkraftparität; Invaliditätspension: 51%).

Die Durchschnittspension betrug in Tschechien im Jahr 1999 58% des Durchschnittsnettoeinkommens. Im Jahr 1990 betrug diese Relation noch 66%. In Österreich lag diese Relation im Jahr 1999 bei 76%; die durchschnittliche Nettolohnersatzrate betrug 1990 für neue Pensionen (ohne Beamtenpensionen) 72% und 1999 79%.

Sowohl in Österreich als auch in der Tschechischen Republik sind die durchschnittlichen Alterspensionen von Frauen niedriger als die von Männern, was natürlich mit niedrigeren Löhnen (u.a. wegen Teilzeitarbeit) und kürzeren Versicherungsverläufen (Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit, niedrigeres Pensionsalter) von Frauen zu tun hat. 1999 betrug die Durchschnittspension einer Frau in der Tschechischen Republik 85% der Pension eines Mannes; in Österreich erreichte sie gerade die Hälfte.

In beiden Ländern werden Pensionen regelmäßig erhöht. In der Tschechischen Republik werden die Pensionen angepasst, wenn die Inflationsrate mehr als 5% beträgt, also mit einer zeitlichen Verzögerung. In Österreich orientiert sich die jährliche Anpassung u.a. an der Nettolohnentwicklung, wobei aber politische Entscheidungen eine große Bedeutung haben. Die laufenden Pensionen stiegen in Österreich im Zeitraum 1990/1998 aufgrund der Anpassungen real um 2%, die Durchschnittspension (im sich verändernden Pensionsstand) stieg um 12%. In der Tschechischen Republik sind die Pensionen real gesunken.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Die wirtschaftliche Situation der österreichischen PensionistInnen ist dank des höheren wirtschaftlichen Niveaus des Landes und auch dank eines großzügigeren Pensionssystems deutlich besser als der tschechischen PensionistInnen. Dennoch erscheint das österreichische Pensionssystem aus tschechischer Sicht als konservativ-rückständig. Zu denken ist dabei z.B. an die hohen Pensionen der Beamten, während ein beachtlicher Teil der österreichischen Frauen keine eigene Pension bezieht und von ihren Ehegatten abhängig ist. Aus österreichischer Sicht erscheint die Kombination von nivellierenden Regelungen und der stärker am Versicherungsprinzip orientierten Leistungs-komponente (längerer Bemessungszeitraum) als interessantes Modell.

3.4.1 Die Zukunft der Pensionssysteme

Der Hauptfaktor, der den Umbruch der Altersvorsorgesysteme aller europäischer Länder – und nicht nur der europäischen – Länder unausweichlich macht, ist das fortschreitende Altern der Gesellschaft, das Konsequenzen für die Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik hat.

Die Notwendigkeit einer Pensionsreform ist bereits seit langer Zeit Gegenstand nicht enden wollender Diskussionen.² Am stärksten sind jene Stimmen, die nach ergänzenden Quellen neben dem Umlagensystem suchen. Dabei werden die besonderen Schwierigkeiten in den Reformstaaten hervorgehoben: die Knappheit der Mittel, die Einkommensunterschiede klaffen mehr auseinander, der Finanzmarkt ist unterentwickelt.

Die Aufklärung bezüglich der demografischen Entwicklung und der Grenzen des reinen Umlagensystems zeigt erste Früchte, was z.B. am wachsenden Interesse an Zusatzversicherungen und anderen Sparformen in der Bevölkerung ablesbar ist. Nicht immer werden diese Sparvorteile als Altersvorsorge verstanden, sondern meist als günstige Anlageformen mit staatlichen Zuschüssen. Deshalb wird das System mehr von älteren Menschen genutzt, während jüngere Leute bevorzugt für eine Verbesserung ihrer Wohnungssituation sparen.

Die Tschechische Republik ging 1994 dazu über, freiwillige Zusatzversicherungen mit staatlicher Beteiligung (Steuererleichterungen) einzuführen, und verstärkte dieses System 1999 im Rahmen einer weiteren Reform. Diese private Pensionszusatzversicherung hat sich in jüngster Zeit rasant entwickelt. Es gibt nunmehr 22 private Rentenfondsträger, die Rentenzusatz- und Lebensversicherungen anbieten. Heute gibt es bereits 2,4 Millionen Beitragszahler, d.h. mehr als die Hälfte der Arbeitnehmer beteiligen sich an dieser Versicherungsform. Die Mindestspardauer, die notwendig ist, um in den Genuss des staatlichen Zuschusses zu kommen, beträgt fünf Jahre. Allerdings liegt hier kein reines Pensionssparen vor. Anstatt junger Leute überwiegen ältere Menschen und Personen mittleren Alters. Es sollte hinzugefügt werden, dass die Rentenzusatzversicherung unter jungen Leuten mit Bausparprogrammen konkurriert. Es besteht die Wahl zwischen einem Eigenheim bzw. einer Eigentumswohnung ohne Mietzinspflichten

und einem höheren Einkommen mit Mietzinspflichten. Aus dem Aspekt persönlicher Sicherheit heraus ist Immobilieneigentum in den Reformstaaten von heute vielleicht die bessere Alternative.

Anders als die Reformstaaten Polen und Ungarn hat sich Tschechien trotz einer nun bereits ein Jahrzehnt andauernden Reformdiskussion nicht zu einer größeren Reform entscheiden können. Allerdings können die bisherigen Maßnahmen und Bestrebungen zur Anhebung des Pensionsalters als wichtiger Reformschritt gesehen werden. Ungarn hat übrigens sein obligatorisches Zweisäulenmodell wieder zurückgenommen.

3.5 Arbeitslosengeld und Ausgaben für Beschäftigungspolitik

Zu Beginn der neunziger Jahre war die Zahl der Arbeitslosen in der Tschechischen Republik ausgesprochen gering. 1990 waren nur 39.000 Personen arbeitslos gemeldet, in Österreich dagegen 166.000 (Jahresdurchschnittswerte), trotz des größeren Arbeitskräftepotentials in der Tschechischen Republik. 1997 war die Zahl der Arbeitslosen etwa gleich hoch (220.000 bzw. 233.000), drei Jahre danach waren die Unterschiede beachtlich: Die Arbeitslosenzahl in der Tschechischen Republik stieg auf 470.000 (und begann erst 2001 leicht zu fallen) – und ging in Österreich auf 194 000 zurück. Das Volumen an ausbezahlter Arbeitslosenunterstützung ist in der Tschechischen Republik im Zusammenhang mit der gestiegenen Arbeitslosigkeit zwischen 1997 und 2000 um das 3,5fache angestiegen.

Die Höhe des Arbeitslosengeldes errechnet sich in der Tschechischen Republik vom monatlichen Durchschnittsnettoeinkommen, konkret 50% in den ersten drei Monaten, 40% in der restlichen Unterstützungsperiode und 60% während Umschulungen. Der Maximalbeitrag für Arbeitslosenunterstützung hängt von der Entwicklung des Existenzminimums ab, das derzeit bei 4.100 CZK liegt; er kann das 2,5fache des Existenzminimums bzw. bei Umschulungskandidaten das 2,8fache betragen. In Österreich liegt er etwa beim doppelten Existenzminimum. Hierzulande betrug die Arbeitslosenunterstützung ca. 56% des durchschnittlichen Nettoeinkommens (ab 2000: 55-66%) und war insofern dem tschechischen Arbeitslosengeld vergleichbar.

Umschulungen sind aufgrund der tief greifenden strukturellen Umwälzungen in der Wirtschaft von ganz großer Bedeutung. Deswegen wird ein großer Teil der Ausgaben für Beschäftigungspolitik für Umschulungen verwendet. Die Umbruchssituation führte aber auch zu einer stark steigenden Zahl von Frühpensionisten, da z.B. ältere Grubenarbeiter oder Arbeiter der Hütten- und Stahlindustrie nicht mehr an einer Neuqualifizierung interessiert sind.

3.6 Soziale Unterstützung für Familien

1990 betrug der Anteil familienbezogener Unterstützungen am Gesamtvolumen der Sozialausgaben 15,5%. Pro Kopf gab Tschechien damals 84,3% des österreichischen Volumens – nach Kaufkraftparitäten –

aus (OECD-Daten). Bis 1997, dem letzten uns zur Verfügung stehenden Jahr, fiel der Anteil auf 9,6% und sank damit auf 51% des österreichischen Niveaus. Zu berücksichtigen ist hier allerdings, dass in diesem Zeitraum das Karenzgeld in Österreich auf zwei Jahre verlängert wurde (für Geburten ab Juni 1996 auf 1,5 Jahre verkürzt) und der Kinderabsetzbetrag eingeführt wurde.

Der größte Posten bei den familienbezogenen Sozialleistungen in der Tschechischen Republik wird in Abhängigkeit vom Einkommen gewährt, wobei der größte Teil davon auf das Kindergeld entfällt. Bis 1995 wurde Kindergeld an alle Familien mit Kindern ausbezahlt (so wie in Österreich die Familienbeihilfe, ebenfalls ein Festbetrag). Seit 1995 werden nur Familien unterstützt, deren Einkommen eine bestimmte Grenze nicht überschreitet („für jene, die es brauchen“). 1994 betrug der Aufwand für das Kindergeld 53% aller familienbezogenen Leistungen; 1997 waren es noch 40%.

Die Meinungen bezüglich eines flächendeckenden Kindergelds gehen in Tschechien auseinander. Einerseits wird es als Verschwendung der begrenzten öffentlichen Mittel gesehen, Wohlhabende zu unterstützen, andererseits werden die Verwaltungsmehrkosten bei selektiv gezahlten Sozialleistungen kritisiert. Nach der Neuregelung wird nun nur mehr für etwa 75-85% der Kinder Kindergeld ausbezahlt.³

Das Erziehungsgeld, das flächendeckend an alle Eltern bezahlt wird, stellt den zweitgrößten Posten innerhalb der familienbezogenen Leistungen dar. Es ist mit dem österreichischen Kinderbetreuungsgeld vergleichbar.

Andere Unterstützungen, wie z.B. Zuschüsse zu Transportkosten oder Wohngeld usw., sind ebenfalls an das Familieneinkommen gebunden. Zusätzlich gibt es auch neue Arten der Sozialhilfe, die die Preise von Treibstoff und Mieten mitberücksichtigen.

Der zweite Bereich der Familienförderung ist ein System von *Sozialhilfe* und sozialen Diensten. Die Kosten betragen 1999 insgesamt 9 Mrd. CZK, was weniger als ein Drittel der gesamten Familienförderung darstellte. Der Schwerpunkt liegt hier ausschließlich bei den tatsächlich Bedürftigen. Aus diesem System werden einmalige oder regelmäßige Hilfeleistungen an Senioren, Familien (Lebensmittelzuwendungen) und Einzelpersonen erbracht.

3.7 Die Rolle der Mindestsicherung

Die tschechische Gesellschaft hat eine starke egalitäre Tradition. Diese schlägt sich auch im System der Mindestsicherung nieder, welche für sehr viele Gruppen eine große Bedeutung hat (Arbeitslose, Familien mit mehreren Kinder, Pensionisten). Das jährlich valorisierte Existenzminimum errechnet sich aus der Zahl und dem Alter der Familienmitglieder. Im Jahr 2000 galt ein Mindestlohn von 4.000 CZK für Einzelpersonen, ein garantiertes Existenzminimum von 5.880 CZK für einen Erwachsenen mit Kind (11 Jahre) und 10.670 CZK für zwei Erwachsene mit zwei Kindern (11

und 17 Jahre). Dem stand ein Durchschnittslohn von knapp 12.000 CZK gegenüber. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld betrug 2.500 CZK und die Durchschnittspension 5.500 CZK (beide: 1999).

In Tschechien wird nun des Öfteren Kritik an diesem System geübt, da darin negative Anreize für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit gesehen werden, insbesondere bei Familien mit mehreren Kindern. Hatten früher Familien zahlreiche Begünstigungen, etwa durch Zuteilung einer Wohnung, gelten nun zunehmend die Gesetze des Marktes.

3.8 Das Gesundheitswesen

Dieser Teil der Sozialausgaben nimmt hinter den Pensionen den zweitgrößten Raum ein. Einige der faktischen (nichtfinanziellen) Kennziffern sind in beiden Ländern fast identisch, so z.B. die Quote von 3 praktizierenden Ärzten pro 1.000 Einwohner und 8,9 Spitalbetten pro 1.000 Einwohner (Zahlen von 1998). Zehn Jahre früher, 1988, war die Quote von Ärzten pro Bevölkerung in beiden Ländern niedriger: 2,1 in Österreich und 2,7 in Tschechien. Die Zahl der Krankenhausbetten war in beiden Ländern damals höher. Auch die durchschnittliche Zahl der Tage in stationärer Behandlung war in Tschechien deutlich höher, was die Situation unter dem früheren Regime widerspiegelt.

Die finanziellen Aufwendungen im Gesundheitswesen sind in beiden Ländern grundlegend verschieden. Aufgrund der vergleichsfähigen OECD-Daten für 1998 ergibt sich ein Gesamtvolumen pro Kopf in PPP von 1.968 USD in Österreich und 930 USD (d.h. bloße 47%) in Tschechien. Wenn wir den Anteil der Aufwendungen im Gesundheitswesen am Bruttoinlandsprodukt in einheimischen Währungen ausdrücken, rücken die Werte einander näher: 8,2% in Österreich und 7,2% in der Tschechischen Republik. Die Expansion der Ausgaben im Gesundheitswesen ist in Tschechien geringer als in Österreich. Für den Zeitraum von 1990-1997 wuchsen die österreichischen Ausgaben um 56,6%, während das vergleichbare Wachstum in Tschechien 54,0% ist. Auch in den nachfolgenden Jahren lag Österreich vorne.

Einen Teilbereich stellt die Senioren- und Behindertenhilfe dar. Nach Daten der OECD war der Pro-Kopf-Aufwand (PPP) in Österreich und Tschechien im Jahr 1990 praktisch gleich (43 bis 44 US\$), 1997 lag der Aufwand in Tschechien um ein Drittel unter dem österreichischen Niveau.

Stationäre Pflege machte stets den höchsten Posten der Gesamtausgaben bei der medizinischen Versorgung aus und betrug in beiden Ländern ca. 45%. Andere Posten lassen sich nur schwer vergleichen, da sie unterschiedliche Inhalte abdecken.

Die Finanzierung des Gesundheitswesens hat sich in der Tschechischen Republik wesentlich verändert. Vor 1993 wurden alle Ausgaben für medizinische Versorgung aus dem Staatshaushalt bestritten und durch Steuern gedeckt (staatlicher Gesundheitsdienst). Seither wird der größte Teil dieser Dienstleistungen aus Krankenversicherungsbeiträgen an Krankenkassen

finanziert. In der Tschechischen Republik sind elf Krankenkassen tätig, die größte davon ist die Allgemeine Krankenversicherungsanstalt. Nur noch ein kleiner Teil des Gesundheitswesens wird nun aus dem Staatshaushalt finanziert, der nunmehr nur ausgewählte Tätigkeiten medizinischer Einrichtungen abdeckt, die nicht von Versicherungen übernommen werden (medizinische Forschung und Lehre, AIDS-Problematik, Drogenprävention etc.). Der Anteil der öffentlichen Hand an der Finanzierung des Gesundheitswesens geht stetig weiter zurück, bei steigenden Ausgaben in diesem Bereich. Wie in Österreich sind daher höhere Beiträge bzw. Einsparungspotenziale Gegenstand der Diskussion.

Eines der charakteristischen Momente der Übergangsperiode ist die Ausweitung des Selbstbehaltes in den verschiedenen Bereichen, nicht nur im Gesundheitswesen (auch: Ausbildung und Erziehungswesen, Kultur). Medizinische Dienste sind aber das deutlichste Beispiel für diesen Wandel. In den letzten Jahren ist die Selbstbeteiligung von Patienten ein wesentlicher Posten geworden, der weiter zunimmt. Von 1991 bis 2000 wuchsen diese Ausgaben von 1,3 auf 12,245 Mrd. CZK, d.h. mit einem Faktor von 9,4. Im gleichen Zeitraum sind die öffentlichen Ausgaben im Gesundheitswesen (d.h. aus staatlichen Mitteln und seitens der Krankenversicherungsträger) von 43,5 auf 129,626 Mrd. CZK angewachsen, das ist ein Faktor von drei.

Im Jahre 2000 erreichte der Anteil der Selbstbeteiligung (Ausgaben von Privathaushalten) an den Gesamtausgaben 8,6%. Dabei spielen Ausgaben für Medikamente, die enorm im Preis gestiegen sind, die hauptsächliche Rolle. Einige Medikamente müssen von den Patienten vollständig bezahlt werden. Darüber hinaus verlangen die Patienten aus höheren Einkommensklassen jetzt viele neue, teure Arzneimittel, die früher nicht erhältlich waren und nun importiert werden.

Trotz des starken Zuwachses bei der Selbstbeteiligung liegt diese noch weit unter der österreichischen, wo die Beteiligung der Privathaushalte an medizinischer Versorgung mittlerweile bei über 25% liegt. Der Grund dafür ist darin zu suchen, dass die Entwicklung in der Tschechischen Republik praktisch bei null begann.

Ein sensibles Thema im Bereich medizinische Versorgung (noch brennender nur noch im Erziehungswesen) ist das niedrige Niveau der Gehälter, das der Bedeutung des Sektors nicht entspricht. Während des beobachteten Zeitraums 1990-1998 wurden die Differenzen nicht geringer, sondern nahmen vielmehr noch zu: Während Löhne und Gehälter insgesamt im Schnitt um das 3,56fache stiegen, lag der Zuwachs im Sektor Gesundheitswesen und Soziales deutlich niedriger (3,27). Dieses Problem betrifft v.a. medizinisches Personal in niedrigeren Positionen und paramedizinisches Personal. Die Situation in diesem Bereich führt zur Abwanderung von Arbeitskräften aus dem Gesundheitswesen (und mehr noch aus dem Erziehungswesen).

Aus den vorgestellten Trends bei den Ausgaben im Gesundheitswesen lassen sich folgende allgemeine Befunde festhalten:

- Stagnation und sogar realer Rückgang der Finanzflüsse in diesen Bereich während der neunziger Jahre;
- wachsende Selbstbeteiligung mit entsprechender Auswirkung auf die Budgets von Familien, speziell von Familien mit Kindern sowie Rentnern;
- wachsende Unzufriedenheit der im Gesundheitswesen (und im Bildungsbereich) beschäftigten Arbeitnehmer mit ihren niedrigen Löhnen und Gehältern; Notwendigkeit einer Korrektur in Beziehung zu anderen Segmenten der Volkswirtschaft;
- Notwendigkeit von Kosteneinsparungen, um den wachsenden Ausgaben zu begegnen.

4. Finanzierungsquellen

Die Hauptquelle zur Deckung der Sozialausgaben besteht in den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen zur Sozialversicherung. Deren Anteil (%) an den gesamten Sozialausgaben (ausgenommen Gesundheitswesen) hat sich in Tschechien im Zeitraum 1993-1999 wie folgt entwickelt:

Tabelle 4: Anteil der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung (in%) in der Tschechischen Republik

1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
82,0	87,0	87,2	86,7	85,3	82,3	78,3

Der Differenz zu den Aufwendungen wird aus öffentlichen Kassen finanziert. Da der Anteil der Sozialversicherungsbeiträge seit 1996 rückläufig ist, werden an den Staatshaushalt stetig größere Ansprüche gestellt. Die Ursachen liegen in der schlechten wirtschaftlichen Situation und der seit zwei Jahren im Anstieg begriffenen Arbeitslosenquote.

Die österreichischen Sozialversicherungsbeiträge deckten einen ähnlichen Anteil, konkret 78,6% im Jahr 1998 und 78,1% im darauf folgenden Jahr.

Tabelle 5: Gesamtes Steueraufkommen in Prozent des BIP

	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Tschechien	42,9	41,3	40,1	39,1	38,6	38,3
Österreich	42,6	42,5	41,6	43,4	44,2	44,4
EU-Durchschnitt	40,3	40,5	40,1	41,2	41,1	41,3
OECD-Durchschnitt	36,4	36,4	36,1	36,8	36,8	37,0

Quelle: OECD Revenue Statistics (1999)

Das neue Steuersystem der Tschechischen Republik (seit 1993) hat die Steuerstruktur und die verschiedenen Steuerarten in enger Anlehnung an die EU-Länder verändert. Ein Beitragssystem zur Sozialversicherung mit

Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeteiligung (früher: nur Arbeitgeberbeiträge!) wurde eingeführt und die frühere Umsatzsteuer durch die Mehrwertsteuer als hauptsächlich indirekte Steuer ersetzt. Deshalb lassen sich Steuerlast und Steuerstruktur der beiden Länder durchaus vergleichen.

Zu Beginn seiner Existenz wurde das neue Steuersystem in Tschechien als System bewertet, das relativ hohe direkte wie indirekte Steuern auferlegte. Während der Übergangsphase lässt sich ein schrittweiser Rückgang dieser Steuern beobachten. 1998 lagen sie niedriger als der österreichische und der EU-Durchschnitt. Außerdem sind die Spitzensätze für Einkommensteuer und Körperschaftsteuer in der Tschechischen Republik niedriger, mit Ausnahme des österreichischen Körperschaftsteuersatzes:

Tabelle 6: Spitzensteuersätze 1999^(a)

	Einkommensteuer	Körperschaftsteuer
Tschechische Republik	47,5	35,0
Österreich	50,0	34,0
EU-Durchschnitt	54,1	35,8
OECD-Durchschnitt	50,2	35,4

Quelle: OECD in Figures (2001)

^{a)}Nicht ohneweiters über Landesgrenzen hinweg vergleichbar, siehe die Quelle.

Tabelle 7: Steuerstruktur: Steueraufkommen nach Hauptgruppen in Prozent der Gesamtbesteuerung 1998

	Einkommen & Gewinne	Sozialversicherung	Löhne	Privat-eigentum	Waren & Dienstleistungen	Andere
CR	23,3	44,1	0,0	1,5	31,0	0,0
Österreich	29,2	34,1	6,2	1,3	27,9	1,0
EU-15	34,8	27,8	1,1	4,7	30,2	0,9
OECD	36,3	24,7	0,9	5,4	31,3	1,2

Quelle: OECD, Revenue Statistics (1999)

Der Anteil der Körperschaftsteuer in der Tschechischen Republik betrug 8,6% und jener der Einkommensteuer 13,5%. Die entsprechenden Anteile in Österreich liegen weiter auseinander: 4,7% bzw. 22,1%.

Die Besteuerung von Gewinnen und Dividenden in der Tschechischen Republik ging von 55% im Jahre 1991 auf 35% im Jahr 1998 zurück. In Österreich betrug der Satz 1991 30%. Von 1995 bis 1998 blieb der Wert konstant bei 34%. Die indirekten Steuersätze sind in der Tschechischen Republik etwas höher (der allgemeine Mehrwertsteuersatz beträgt 22%; in Österreich 20%). Der effektive Steuersatz (MWSt.-Erlöse geteilt durch Besteuerungsgrundlage) beträgt in Tschechien 12,6% und in Österreich 15,3%.

Die Besteuerung von Tabak, Alkohol und Treibstoffen (Verbrauchs- und Konsumsteuern) ist in der Tschechischen Republik niedriger als in der EU. Eine Erhöhung bzw. Angleichung an das EU-Niveau ist zu erwarten. Allerdings muss die Struktur der Steuern auf Waren und Dienstleistungen genau studiert werden. Steuern auf Waren und Dienstleistungen machen in Tschechien 31,0 des gesamten Steueraufkommens aus, im Vergleich zu 27,9 in Österreich.

Die Sozialversicherungsbeiträge sind in den Reformstaaten sehr hoch, was u.a. auf den großen Bedarf an Sozialleistungen in der Übergangsphase zurückzuführen ist. In Tschechien betrug der Beitragssatz für Pensions-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung (eine eigene Unfallversicherung gibt es nicht) 47,5% der Lohnsumme (ohne Höchstbeitragsgrundlage), was auch im hohen Anteil der Sozialversicherungsbeiträge an den gesamten Abgaben Niederschlag findet. Die höchsten Beitragssätze entfallen auf die Pensionsversicherung (26%) und die Krankenversicherung (13,5%). In Österreich liegt der vergleichbare Gesamtbeitragssatz etwa bei 40% (ohne FLAF 37,5%, inklusive FLAF: 42%).

Während in Österreich mehr als die Hälfte der Beiträge auf Arbeitgeberbeiträge entfallen (ohne FLAF: 55%, inklusive FLAF: 60%), sind es in Tschechien drei Viertel. Die hohen Arbeitgeberbeiträge sind in der Tschechischen Republik Gegenstand einer Diskussion zwischen Befürwortern einer Senkung bzw. einer weitergehenden Anhebung der Beitragssätze.

5. Abschließender Überblick

Die verwendeten vergleichsfähigen Angaben in Kaufkraftparitäten (PPP) erlauben es, verschiedene Sozialausgaben zu vergleichen. Wenn wir von einem Verhältnis zwischen dem tschechischen und dem österreichischen Bruttoinlandsprodukt von ca. 54% ausgehen, können wir verschiedene Ausgaben im sozialen Bereich vergleichen.

Die Pro-Kopf-Ausgaben (nach Kaufkraftparitäten, OECD-Berechnungen) in Tschechien betragen 1997 für einzelne Bereiche in % des österreichischen Niveaus:

- Pensionen: 36%,
- Gesundheitswesen 64%,
- Familienleistungen ca. 50%,
- Arbeitslosigkeit 13%.

Anmerkungen

¹ Es dürfte eine gewisse Unsicherheit bezüglich der Berechnung des „wahren“ Werts des BIP und von ihm abgeleiteter Kennziffern bestehen. Die Änderungen, die in der Übergangsperiode stattfanden, waren ausgesprochen intensiv, vor allem zu Beginn, was es unmöglich machte, alle Einflüsse auf die wirtschaftlichen Kennziffern zu protokollieren, insbesondere Änderungen qualitativer Art. Diese schlugen sich sowohl im Nominal- als auch im Realwert des BIP nieder. Darüber hinaus war auch die wissenschaftliche Statistik selbst Änderungen unterworfen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Entwicklung des BIP, wie es in

offiziellen Statistiken verzeichnet ist, unterschätzt worden ist. Viele Faktoren, einschließlich der persönlichen Erfahrungen jener, die die Phase des Übergangs miterlebt haben, bestätigen diese Annahme. Daher ist es zulässig, die Daten zur makroökonomischen Entwicklung zu Beginn der Neunziger als eine Art pessimistische Version aufzufassen. (Die fragwürdigen Berechnungen der Inflationsrate in den ersten Jahren des Reformprozesses sind sehr wahrheitsgetreu beschrieben in: Filer, Hanousek, Output changes and inflationary bias in transition, Arbeitsstudie 167 der CERGE-EI, Prag 2000). Bis zum heutigen Tage kann die Richtigkeit der BIP-Berechnungen nicht bestätigt werden; wir sind Zeugen einer laufenden Neuberechnung und Präzisierung der Zeitreihen für das BIP. Leider finden diese Anpassungen nicht immer Eingang in die abgeleiteten Kennziffern. Deshalb kann man in unterschiedlichen Quellen und zu unterschiedlichen Zeitpunkten auf verschiedenste Werte des BIP, des Import-/Exportvolumens und anderer Kennziffern stoßen. Dieser Umstand kann aber den generellen Trend der Entwicklung ökonomischer Tatsachen nicht wesentlich umkehren; wir haben uns bemüht, in dieser Analyse stets die neuesten veröffentlichten offiziellen Zahlen zu verwenden.

² Vgl. Eitzenberger, Peter, Betriebliche Vorsorge über Pensionskassen in Österreich (=Beitrag zum Seminar: Allheilmittel Pensionsfonds?, Linz 2001).

³ CERGE-EI, Mixed Blessings (Prag 2001) 106.

Literatur

Atkinson, A. B., The Welfare State and Economic Performance, in: National Journal TAX 2 (1995).

Atkinson, A.B., Public Economics in Action. The Basic Income Flat Tax Proposal (Oxford 1995).

Baštýň I.; u.a., The Verification of Minimum Subsistence Level in the Czech Republic (RILSA, Prag 1995; in Tschechisch).

Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Generationen, Bericht über die Soziale Lage, Einkommen, Soziale Sicherung, Generationen, Gesundheit (2 Bände, Wien 2001).

European Commission, Report on Social Protection in Europe 1999 (Brüssel 2000).

Federal Ministry for Family Affairs, Senior Citizens, Women and Youth, Integrated Report of German Expert Contributions: The Ageing of Society as a Global Challenge – German Impulses (Berlin 2000).

Gruber, T.; Höpfl, T., Die Soziale Dimension im EU-Erweiterungsprozess, in: WISO 1 (2000).

Guger, A.; Mayrhuber, Ch., Labour Force Participation and Public Pension System (WIFO, Wien 2001).

Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Handbuch der österreichischen Sozialversicherung 2000 (Wien 2001).

Institute of Health Information and Statistics of the Czech Republic, Czech Health Statistics, Yearbooks 1999, 2000 (Prag 2000, 2001).

ILO, Social Security Pensions Development and Reform, hrsg. von Gillion, C.; Turner, J.; Bailey, C.; Latulipe, G. (Genf 2000).

Hörndler, M.; Wörister, K., Soziales Österreich: Sicherungssysteme in Überblick (Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Generationen, Wien 1998).

Ivansits, H., Pensionsversicherung und Pensionsreformen, in: WISO 2 (2000).

Ministerium für Arbeit und Soziales (Tschechien), Progress report on the implementation of the conclusions of the Joint Assessment of Employment Policy of the Czech Republic (Prag, November 2001).

OECD, Austria, Economic Survey 1998, 1999 (Paris 1999, 2000).

OECD, Czech Republic, Economic Survey 1999, 2000 (Paris 1999, 2000).

OECD, Maintaining Prosperity in an Ageing Society (Paris 1999).

OECD, Coping with Ageing (The Islandic Model) (Paris 1999).

OECD, Society at a Glance, Social Indicators (Paris 2000).

OECD, Tax Burdens – Alternative Measures (=Tax Policy Studies, Taxation Series No 2, Paris 2000).

- Research Institute of Labour and Social Affairs (RILSA), The Development of the Main Economic and Social Indicators, No 14, 15, 16 (Prag).
- Tálos, E.; Wörister, K., Soziale Sicherung im Wandel. Österreich und seine Nachbarstaaten (Wien u.a. 1998).
- UNO, ES Council UN, EUROSTAT's Statistical Research on Poverty - Descriptive Synthesis (Genf 1994).
- Vavrejnova, M., Income Inequality and Poverty Protecting Implementations (=Prague Economic Paper No 2, Prag 1996).
- Vavrejnova, M., Public Expenditure and Social Welfare in the Czech Republic (=Proceedings of the Workshop „Welfare State in Transition: East and West“, Freie Universität, Berlin 1996).
- Vavrejnova, M., Education and Health Care in the Czech Republic in the Course of Transition (=Discussion Paper No 8, Freie Universität, Berlin 2000).
- Vavrejnova, M., Economic Relations and Cooperation, Czech Republic – Austria, in: Regional Dimension of European Integration and of Extension of the EU to the East (Wroclaw College of Management and Finance, Breslau 2002).
- Wörister, K., Das österreichische Pensionssystem: Ursprünge und Zielrichtungen der Reformen, in: Kurswechsel 3 (1998).
- Wörister, K., Entwicklungen bei Sozialleistungen in den neunziger Jahren (Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien 1999).
- Wörister, K., Soziale Sicherheit. Aktuelle Entwicklungen, Zeitreihen (Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien 2001).

Zusammenfassung

In diesem Beitrag werden die Sozialausgaben und deren Finanzierungsquellen zwischen zwei Staaten verglichen: dem EU-Staat Österreich und der Tschechischen Republik, einem der wirtschaftlich höher entwickelten Transformationsstaaten. Tschechien mit seinem weit aus niedrigeren Volkseinkommen war im letzten Jahrzehnt infolge der Transformation mit wesentlich größeren Problemen im Bereich der sozialen Sicherung konfrontiert. Gezeigt wird, wie die im Prinzip ähnlichen Herausforderungen im Bereich der Alterssicherung, in der Arbeitslosenversicherung, im Gesundheitswesen und in der Familienpolitik in beiden Staaten bewältigt wurden. Neben den Unterschieden zeigen sich auch Gemeinsamkeiten, wie etwa der Verzicht auf radikale Reformen im Bereich des Pensionssystems.